

Liebe Genossinnen und liebe Genossen,
wir treffen uns heute zur ersten Hauptversammlung nach den Europa- und Bundestagswahlen und obwohl wir heute einen neuen Bezirksvorstand und Parteitage delegierte wählen – also an die Zukunft denken, will ich kurz einen Schritt in die Vergangenheit wagen.

Unser Bezirksverband hat – darauf hat Katja in ihrer Wahlauswertung bereits hingewiesen – einen großartigen Erfolg errungen. Leider hat es bei der Europawahl nicht ganz für Martina Michels gereicht, aber wir konnten unsere Wut darüber in massiven Wahlkampfeinsatz zur Bundestagswahl umwandeln. Dieser Wahlkampf hat uns im Bezirk den zweiten Platz sowohl bei Erst- als auch bei Zweitstimmen eingebracht und das Zweitstimmenergebnis hat darüber hinaus für meinen Einzug in den Bundestag gereicht. An dieser Stelle ein ganz herzliches Dankeschön an all die aktiven Wahlkämpfer/innen ohne die dieses Ergebnis nicht möglich gewesen wäre, ein herzliches Dankeschön an die Geschäftsstelle, die Praktikanten Jörg Pauly und Sebastian Koch und an unsere Wahlkampfleiterin Katja Jösting.

Doch lasst mich nun zur Hauptversammlung heute zurückkehren. Der Bezirksvorstand hat euch seinen Antrag für die Hauptversammlung vorgelegt. Wir haben noch am Mittwoch Veränderungen vorgenommen. Es mag etwas umständlich erscheinen, dass ihr heute ein überarbeitetes Dokument erhaltet, aber uns als Bezirksvorstand waren die vielen Anregungen im Vorfeld zu wichtig, als dass wir uns nicht noch einmal mit ihnen beschäftigen und einen Teil von ihnen aufnehmen wollten. Ich will den Genossen/innen und Basisorganisationen danken, die sich bereits im Vorfeld mit dem Antrag beschäftigt haben und uns ihre Ideen zukommen ließen. Das zeigt, wir sind eine lebendige Partei.

Die Geschichte des Antrages ist vielleicht symptomatisch für die letzten zwei Jahre Bezirksvorstand. Der Bezirksvorstand hat den Antrag ursprünglich in einer Mini-Besetzung beschlossen. Das Tagen in Minibesetzung war eines der wesentlichen Merkmale des Bezirksvorstandes. Durch unterschiedliche Entwicklungen in den Lebensläufen einzelner Mitglieder war es dem Bezirksvorstand nur selten möglich, in voller Stärke zu tagen und auch das Aufgabenpensum wurde nicht vollumfänglich geschafft. Wir haben immer wieder versucht, deutlich zu machen, dass der Tag nur 24 Stunden hat und die Kräfte begrenzt sind. Viel zu wenig ist es uns gelungen noch mehr Genossinnen und Genossen zu motivieren, sich aktiv einzubringen. Gerade letzteres ist ein großes Manko und muss dringend verändert werden, will die Partei ihre ehrgeizigen Ziele erreichen. Im Antrag findet Ihr Anregungen dazu, wie wir zum einen noch intensiver mit den Neumitgliedern arbeiten wollen, aber auch das Parteileben attraktiver gestalten.

Im Antrag haben wir versucht herauszuarbeiten, was aus unserer Sicht gelungen ist und als erfolgreich bewertet werden kann, haben aber auch einige Probleme unserer Arbeit thematisiert. Aus meiner Sicht ist die Kommunikation mit der BVV-Fraktion und damit die gemeinsame Entscheidungsfindung zwischen Fraktion und Bezirksverband zu zentralen Fragen kontinuierlich weiter vorangetrieben und stabilisiert worden. Dies lag zum einen an der Tatsache, dass sowohl unser Stadtrat Knut Mildner-Spindler, als auch unser Fraktionsvorsitzender Lothar Friedrich Jösting-Schüssler massiv daran interessiert waren, den Bezirksvorstand mitzunehmen und andererseits der Bezirksvorstand immer wieder versucht hat, an den großen kommunalpolitischen Themen dran zu bleiben. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an eine ca. halbjährliche Debatte zum Bürgerbegehren „Spreeufer für alle“ u.a. mit einer Veranstaltung mit den Menschen vom Bürgerbegehren im KATO. Wir haben mit unseren ausgesprochen differenzierten Positionen beim Bürgerentscheid im Bezirk keine Mehrheit finden können, haben uns aber der Debatte gestellt. Und liebe Genossen/innen Aufgabe einer Partei sollte es immer sein für die in der gemeinsamen Diskussion entwickelten Positionen zu werben, auch wenn sie zunächst nicht gesellschaftlich Mehrheitsfähig sind. Erinnerung sei an die Debatte um einen Erhalt der Wagenburg Revaler Dreieck und die Debatte um den Haushalt 2008/2009. Schließlich hat sich eine ganze Hauptversammlung mit konkreter Kommunalpolitik beschäftigt und vier konkrete Projekte beschlossen. Wie es um deren Umsetzung aussieht haben wir versucht im Antrag zur Hauptversammlung zu skizzieren. Wenn wir als Partei an der Umsetzung unserer Kernprojekte mitarbeiten wollen, dann müssen wir dies aber auch durch Personen machen, die in der Partei –und nicht in anderen Funktionen- für die Umsetzung dieser Projekte stehen.

Da ich gerade bei der Hauptversammlung bin. Wir haben am 21. Oktober eine gemeinsame Sitzung von Fraktion und Bezirksvorstand zum kommenden Doppelhaushalt 2010/2011 gemacht. Im Rahmen der Diskussion haben wir uns in der Tendenz darauf verständigt, dass nach dem derzeitigen Stand der Bezirkshaushalt für uns nicht mittragbar ist. Ob mit beschlossenenem –verfassungsgemäßigem- Haushalt oder mit vorläufiger Haushaltswirtschaft, es gibt immer einen Einschnitt in die soziale Infrastruktur. Wir agieren hier aber nicht allein als Bezirks-LINKE. Wir verstehen unsere Politik als einen Beitrag zur Auseinandersetzung insbesondere mit der SPD in Berlin. Dabei geht es nicht nur um die Frage, welche Mittel die Bezirke zugewiesen bekommen sollen, sondern auch darum ob es legitim ist, zwei Senatorenposten mehr zu schaffen und auch die Bezirksamtsmitglieder aufzustocken, aber den Versuch zu unternehmen, an den finanziellen Zuweisungen für den ÖBS herumzubasteln. Es ist gut, dass das Mitglied unseres Bezirksverbandes und

Fraktionsvorsitzender der Fraktion im Abgeordnetenhaus Udo Wolf dem laut widersprochen hat.

Doch zurück zum Bezirkshaushalt. Wir alle wissen, dass die bislang zugewiesenen Mittel nicht ausreichen um den Bedarf der Bezirke zu decken. Wenn hier etwas geändert werden soll, dann bedarf es eines weiteren politischen Signals. Unsere ursprüngliche Ablehnung des Haushaltes 2008/2009 war am Ende nur ein Teilerfolg. Wenn wir hier nicht erneut Druck aufmachen, wird nie etwas geschehen, zumal es wohl nicht allein an der Figur Tilo Sarrazin gelegen haben kann, dass die Bezirke nicht ausreichend finanziert werden. Es muss darum gehen, die Bezirke auch haushaltspolitisch wieder Handlungsfähig zu machen. Auch aus diesem Grund haben Lothar Jösting-Schüßler, Knut Mildner-Spindler und ich einen Brief an den Finanzsenator Herrn Nussbaum geschrieben. Wir wollten damit auf die Situation der Bezirke an sich aufmerksam machen und nicht wie Hans-Christian Ströbele an den nicht zuständigen Herrn Zöllner schreiben und lediglich für Kinder- und Jugendprojekte mehr Geld fordern.

Dieses Engagement für den Bezirk ist aber auch aus einem anderen Grund wichtig. Wir haben mittlerweile die Tigerenten-Koalition in Deutschland. Und so sehr es in einzelnen kleinen Bereichen auf der Ebene der Bürgerrechte durch die FDP Verbesserungen gegeben hat, um so mehr schlägt die soziale Kälte zu. In der Koalitionsvereinbarung von Schwarz-Gelb steht beispielsweise der kryptischen Satz, dass auch bei Transferleistungen die Miete beim Vermieter ankommen soll. Hier droht eine weitere Stigmatisierung von Transferleistungsempfänger/innen. Ich denke an die Fortschreibung der steuerlichen Förderung von privater Altersvorsorge, die Ablehnung eines gesetzlichen Mindestlohnes verbunden mit der „Prüfung“ der bisherigen Regelungen zum Mindestlohn und ich denke an die angedachte Pauschalisierung der Kosten der Unterkunft. Nicht nur, dass möglicherweise die Miete vom Amt direkt an den Vermieter gezahlt werden wird, sie wird möglicherweise auch nur noch pauschal übernommen und nicht auf den konkreten Einzelfall bezogen. Das ist Verdrängung und das ist Diskriminierung, der sich DIE LINKE entgegenstellen wird. Und ich denke an eine andere Unverschämtheit im Koalitionsvertrag. Bei Enteignungen aus der SBZ sollen ein „bevorzugter“ Erwerb möglich sein. Der Spiegel hat aufgedeckt, dass es sich hier um einen Verkauf unter Verkehrswert handeln soll – etwas was bei den Modrow-Grundstücken völlig undenkbar war. Mit einem kleinen Absatz hebt die neue Koalition eine fast 20jährige Rechtshandhabung auf. Ich könnte jetzt noch vieles andere aufzählen, will es aber bei diesen Beispielen belassen.

Nun handelt es sich bei den beiden Koalitionsparteien im Bund in Friedrichshain-Kreuzberg eher um Splitterparteien, aber wir sollten sie auch hier in Friedrichshain-Kreuzberg stellen. Wir müssen ganz konkret deutlich machen, was die Politik der Tigerente für die Menschen bei uns im Bezirk bedeutet – und dafür brauchen wir Überzeugungskraft die sich aus einer stringenten Politik herleitet. Eine Politik wie wir sie derzeit im Bezirk machen.

Von der großen Politik will ich nun wieder auf die ganz kleine Ebene der Politik zurückkehren, auf die Ebene unseres Bezirksverbandes. Ich habe bereits angedeutet, dass der Bezirksvorstand nur selten in voller Besetzung gearbeitet hat. Dennoch ist es insbesondere auf Grund des Engagements der im Frühjahr neu berufenen Zeitungsredaktion gelungen die Bezirkszeitung zu reaktivieren und mehr Menschen in ihre Erstellung einzubeziehen. Die Internetredaktion hat unsere Website wieder zu einer Seite entwickelt, wo aktuelle Informationen und Hinweise abrufbar sind. Die Zeitung bedarf einer Weiterentwicklung auch um zu sehen, inwiefern Synergieeffekte mit bisher nur ganz grob geplanten Publikationen und weiterer Öffentlichkeitsarbeit durch mich als Bundestagsabgeordnete möglich sind. Auch aus diesem Grund haben wir im Antrag des Bezirksvorstandes die Ausführungen allgemeiner gehalten. Denn unser Anliegen ist lediglich die Dinge von Euch als Arbeitsauftrag beschließen zu lassen, die wir realistisch auch erfüllen können.

Gerade im Wahlkampf ist es uns gelungen viele neue Mitglieder einzubinden. Sei es durch Plakat- oder Steckaktionen, sei es durch Standaktionen oder einfach die Teilnahme an Diskussionsveranstaltungen. Hier muss es jetzt eine Fortsetzung geben, auch in Zeiten die weniger aktivistisch sind. Ob unsere Strukturen –wie sie derzeit sind- dafür den richtigen Ansatz bieten, da bin ich skeptisch. Wir können nicht auf Dauer der BO X-berg und der BO von dannen fast allein die Integration neuer Mitglieder überlassen. Wir müssen überlegen, wie wir Neumitgliedern die es wünschen die Möglichkeit geben, sich aktiv in die Partei einzubringen. Gleiches gilt übrigens auch für die Frage, wie wir noch mehr Frauen motivieren können, politisch bei uns mitzumischen. Vielleicht ergreift ja die eine oder andere Frau die Initiative für eine Debatte –soll ich Frauenplenum sagen- welches die besten Möglichkeiten für Frauen sind im Bezirk aktiv mitzumischen zu können und was sich an der Arbeitsweise im Bezirk verändern muss, damit unsere Partei auch für Frauen attraktiv ist.

Ihr wisst liebe Genossinnen und Genossen, dass wir in den vergangenen zwei Jahren den Versuch unternommen hatten, den Bezirksverband neu zu strukturieren. Viele Ideen wurden diskutiert – positiv wie negativ. Durch den langen Wahlkampf –seit dem Volksbegehren von Pro Reli- ist die Debatte erlahmt, sie ist aber nicht beendet. Wir kommen nicht umhin zu

überlegen, was wir an Strukturen verändern müssen, damit wir noch schlagkräftiger werden können. Dabei ist jede Idee willkommen und keine Absurd.

Wie ihr seht, spielen bei uns die Fragen eine Rolle, die auch der Parteivorstand in seinem Brief an die Mitglieder stellt. Wir sollten sie für uns beantworten und den Parteivorstand an unserer Erkenntnis teilhaben lassen. Diskutiert also in euren Basisorganisationen die Fragen aus dem Brief des Parteivorstandes. Teilt eure Erfahrungen auf einem der nächsten Basistage oder im Dialog mit den anderen Basisorganisationen mit.

Insbesondere Evi Richter und Rudi Range ist es zu verdanken, dass die Kultur im Roten Laden weiter ein zu Hause hat. Ausstellungen, Kabarett und Lesungen haben auch in den vergangenen zwei Jahren stattgefunden. Die Geschichtskommission und die Kommission Politische Bildung waren in ihrem ehrenamtlichen Engagement unverwüstlich. Ich weiß, dass alle drei genannten sich häufig mehr Aufmerksamkeit des Bezirksvorstandes gewünscht hätten. Ich kann an dieser Stelle nur sagen, die Kraft hat nicht gereicht, aber wir sind sehr, sehr froh, dass eure Arbeit so funktioniert. Wir hatten unser Augenmerk eher auf Baustellen gerichtet und nicht auf das was gut läuft. Dennoch explizit an dieser Stelle ein Dankeschön für das, was ihr in den vergangenen zwei Jahren geleistet habt. Doch liebe Genossinnen und Genossen, das erreichte ist noch nicht das Erreichbare. Wir müssen auch hier nachdenken, was wir anbieten können und was wir weiterentwickeln müssen. Im Antrag liegt ein Vorschlag insbesondere zur Führung der Programmdiskussion vor, über den ihr heute entscheiden müsst und der dann mit Leben erfüllt werden muss.

Lasst mich dies jetzt nutzen, den Übergang zur unmittelbaren Zukunft zu machen. Wir haben als Bezirksvorstandes im Antrag an die Hauptversammlung aufgeschrieben und ich will es hier noch einmal bekräftigen: ich werde ein Wahlkreisbüro in Kreuzberg aufmachen. Dieses Wahlkreisbüro wird uns die Möglichkeit geben einen weiteren Anlaufpunkt für konsequent sozial gerechte und bürgerrechtliche Politik im Bezirk zu schaffen. Ich hoffe das wir Ende des Jahres ein geeignetes Objekt gefunden haben.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wohin die Richtung in den nächsten zwei Jahren gehen soll, haben wir versucht im Antrag an die Hauptversammlung deutlich zu machen. Wir wollen den Rückenwind nutzen und auch bei den Wahlen 2011 erfolgreich abschneiden. Dazu haben wir politische Schwerpunkte vorgeschlagen und einige organisatorische Ideen aufgeschrieben. Ob das alles Realität wird, ob das alles zu Leben erwacht entscheidet ihr mit. Es liegt auch an eurem Engagement, eurer Einsatzfreude wie sich unser Bezirksverband entwickelt.

Ein Bezirksverband braucht auch einen Bezirksvorstand. Dies wird jetzt der letzte Punkt sein, zu dem ich etwas sage. Der Bezirksvorstand schlägt euch vor, einen Bezirksvorstand in der Stärke von 12 Personen zu wählen. Diese Stärke hat tatsächlich etwas damit zu tun, dass wir uns einig waren, nicht wie beim letzten Mal Plätze im Bezirksvorstand frei zu lassen, weil nicht genügend Frauen kandidieren, sondern einen kompletten Bezirksvorstand zu wählen. Ich glaube, dass es bei einer Stärke von 12 Personen gelingen kann, sowohl die wichtigen kommunalpolitischen Themen (öffentlicher Beschäftigungssektor im Bezirk, Umstrukturierung und Mietenspekulation, Haushaltsdebatte, Gesundheits- und Seniorenpolitik, Gemeinschaftsschule) konsequent parteipolitisch abzudecken, aber auch die anstehenden konkreten Aufgaben zur Parteientwicklung (politische Bildung, Strukturdiskussion im Bezirksverband) anzugehen. Ein solcher Bezirksvorstand verlangt aber von seinen Mitgliedern über die Teilnahme an Sitzungen hinaus sich aktiv in die Fragen der Bezirkspolitik einzumischen.

Ich kandidiere wieder als Bezirksvorsitzende und will noch ein paar Worte zu dieser Wiederkandidatur sagen. Ich möchte gern liegengebliebenes weiterverfolgen. Vieles konnte nur angefangen werden, war aber neben einem 40h-Stunden-Job und anderen Ehrenämtern nicht realisierbar. Mit meinem Einzug in den Bundestag haben sich die Rahmenbedingungen deutlich verbessert. Es wird möglich sein, nicht mehr nur ein oder zweimal im Monat am Montag für Bürgersprechstunden zu Verfügung zu stehen, ich werde einfach mehr Zeit haben im Bezirk und für den Bezirk unterwegs zu sein. Ich habe das erste Mal in meinem Leben die Möglichkeit durch die Einstellung von Mitarbeiter/innen und Mitarbeitern, dass ich ganz konkret Arbeiten abgeben kann und auch deshalb mehr Zeit für die Arbeit im Bezirk habe. Und schließlich bin ich –mal abgesehen von einigen Sachzwängen- auch Herrin über meinen Terminkalender. Ich will also als Bezirksvorsitzende den eingeschlagenen Weg fortsetzen und vertiefen.

Im Rückblick auf die vergangenen zwei Jahre will ich zwei Personen besonders danken für die Unterstützung. Dies ist zum einen unsere Geschäftsstellenleiterin Claudia Richter, die mit Blick für das Wichtige den Laden am Laufen gehalten hat, immer rechtzeitig informiert hat und sich auch nicht entmutigen lies, wenn ich sie drei mal auf dem Handy abgewiesen habe. Und ich will mich bei meinem Stellvertreter Steffen Zillich bedanken. Zilli hat mir –trotz der neuen und intensivere Belastung im Abgeordnetenhaus als bildungspolitischer Sprecher- eher unauffällig und im Hintergrund viel an Arbeit abgenommen und mir den Rücken frei gehalten.

Ihr werdet bei den Kandidaturen zum Bezirksvorstand sehen, dass es viele neue Kandidaten/innen gibt. Ich freue mich über jede einzelne Kandidatur, sei es von ehemaligen Bezirksvorstandsmitgliedern, seien es neue Kandidaturen – sie alle zeigen die Bereitschaft sich in die Partei einzubringen und das ist ein gutes Signal. Ein gutes Signal ist es auch, dass –obwohl ich solche Debatten hasse wie die Pest- die Kandidaturen aus dem gesamten Bezirksverband kommen. Sowohl in Kreuzberg lebende Genossen/innen, als auch solche die dort organisiert sind kandidieren für den Bezirksvorstand. Gleiches gilt für Genossen/innen aus dem Ortsteil Friedrichshain. Ich will im Hinblick auf den Bezirksvorstand an sich nur eine Kandidatur erwähnen, über die ich mich sehr gefreut habe. Das ist die Kandidatur von Maik Borde. Maik ist erst im Zusammenhang mit dem Parteibildungsprozess zu uns gestoßen und ist darüber hinaus jemand der nicht in der Partei oder über die Partei beschäftigt ist. Damit hat er einen ganz anderen Blick in den Bezirksvorstand und auf die Bezirkspartei und das kann uns nur gut tun.

Ihr habt bemerkt, dass für das Amt des stellvertretenden Bezirksvorsitzenden zwei Personen kandidieren. Dies ist eine neue und ungewohnte Situation für viele in unserem Bezirksverband, aber es ist keine schlimme Situation, im Gegenteil. Ein solche Situation gehört zu einer demokratischen Partei und macht die Angelegenheit vielleicht auch spannender und unterhaltsamer. Ich habe Steffen Zillich gefragt, ob er wieder als mein Stellvertreter kandidiert. Für mich ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Vorsitz und Stellvertreter eine wichtige Voraussetzung der Arbeit.

Liebe Genossinnen und Genossen,

lasst uns jetzt lebhaft debattieren. Über die Wahlauswertung, über die vergangenen zwei Jahre und vor allem über die Zukunft. Lasst uns dabei immer auch im Auge behalten, dass nur wir gemeinsam die selbst gesteckten Ziele erreichen können. Und lasst uns bei allem Streit eines nicht vergessen: Der politische Gegner sind die konservativen Parteien, die derzeit die Regierung im Bund stellen. Wir alle sind in einer Partei, weil wir vom Grundsatz her in die gleiche Richtung wollen. Wir können streiten, ob wir die erste Abbiegung nehmen oder die zweite um zum Ziel zu kommen. Wir können auch darüber debattieren, ob der Umweg eher zum Ziel führt als der Weg gerade durch. Aber wir sollten immer im Auge haben, dass wir alle gemeinsam eine andere Welt wollen, eine Welt in der die freie Entwicklung des jeden die Bedingung freie Entwicklung aller ist, eine Welt in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende hat. Danke.